

Düsseldorf/Mainz, den 14. Januar 2008

Jugendgewalt

„Wir setzen auf mündige Wähler!“**Debatte um Jugendgewalt konterkariert den Geist des Nationalen Integrationsplans / Bundesausländerbeirat legt 11-Punkte-Katalog mit Selbstverpflichtungen vor.**

Mit einem 11-Punkte-Katalog will der Bundesausländerbeirat einen eigenen Beitrag für den Nationalen Integrationsplan leisten. Dies hat der Dachverband der Ausländer- und Integrationsbeiräte in Deutschland jetzt in Düsseldorf beschlossen. Die Selbstverpflichtungen sehen u. a. vor, das Engagement im Bildungsbereich zu verstärken. So soll der Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund verbessert, die Elternarbeit intensiviert werden.

Besorgt zeigten sich die Migrantenvertreter über die aktuelle Debatte um die Jugendgewalt. Es dürfe nicht hingenommen werden, so der Verband, dass Migranten immer wieder für populistische Zwecke missbraucht würden. Damit konterkarieren man gerade den Geist des Nationalen Integrationsplans, Integrationsfragen sachlich und Konsens orientiert zu behandeln. „Man kann nicht von Nationalem Integrationsplan und gemeinsamer Verantwortung zur Gestaltung der Zuwanderungspolitik in Deutschland reden und bei der nächsten Gelegenheit ausländerfeindliche Ressentiments bedienen“, so der stellvertretende Vorsitzende Engin Sakal in Richtung des Hessischen Ministerpräsidenten Koch und der CDU.

Der Bundesausländerbeirat erneuerte seine Forderung, das Problem der Kriminalität nicht zu ethnisieren. Die Kriminalitätsbekämpfung sei eine bedeutende gesellschaftliche Herausforderung, der mit Sanktionen, aber vor allem mit Prävention zu begegnen sei. Wenn Jugendliche kriminell handelten, dann sei dies gerade ein Produkt der hiesigen Bildungs- und Sozialpolitik. Auch bei straffällig gewordenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund gelte dies. „Es sind Jugendliche, die überwiegend hier geboren und sozialisiert wurden. Es sind unsere

Geschäftsstelle:

c/o AGARP

Frauenlobstr. 15-19

55118 Mainz

tel.: 06131/ 63 84 35

fax: 06131/ 67 94 37

Jugendlichen, derer wir uns nicht mit der Ausweisung einfach entledigen können“, so Engin Sakal. Gleichzeitig seien gerade solche Drohungen seitens mancher Politiker fatale Signale an die Jugendlichen, dass sie nicht dazu gehörten.

Angesichts der zurückgehenden Umfrageergebnisse der CDU in Hessen sei dies ein zuversichtlich stimmendes Signal, so die Vertreter der Beiräte. „Es ist zu hoffen, dass vor allem die CDU nun einsieht, dass sich ausländerfeindliche Kampagnen nicht mehr rechnen“, so die stellvertretende Vorsitzende aus Niedersachsen Nesrin Odabasi. Dies setze aber voraus, dass die mündigen Wählerinnen und Wähler solchen Kampagnen eine klare Absage erteilten, so der Bundesausländerbeirat.